

11/SPET
vom 14.04.2020 zu 12/PET (XXVII. GP)
Bundesministerium sozialministerium.at
 Soziales, Gesundheit, Pflege
 und Konsumentenschutz

BMSGPK - IV/9 (Koordinierung der Legistik)

Parlamentsdirektion
 Dr. Karl Renner Ring 3
 1017 Wien

Mag.a Elke Jander
 Sachbearbeiterin

elke.jander@sozialministerium.at
 +43 1 711 00-866212
 Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
 Geschäftszahl an post@sozialministerium.at
 zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.187.166

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)12/PET-NR/2020

Petition 12/PET betreffend "Abschiebestopp für Auszubildende in Pflegeberufen"

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz beehort sich, zu Ihrem **Schreiben vom 12. März 2020, Zi. 12/PET-NR/2020, betreffend die Petition Nr. 12/PET „Abschiebestopp für Auszubildende in Pflegeberufen“** das Folgende mitzuteilen:

Mit BGBl. I Nr. 110/2019 wurde im Fremdenpolizeigesetz ein Abschiebestopp für Asylwerber/innen, die eine Lehre absolvieren, geschaffen. Dadurch soll es Asylwerber/innen, die eine Lehre abschließen und deren Asylantrag abgelehnt wurde, unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht werden, das begonnene Lehrverhältnis in Österreich abzuschließen.

Die Pflegeberufe, zu denen die diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger/innen sowie die Pflegefachassistenten/innen und Pflegeassistenten/innen zählen, sind keine Lehrberufe und somit nicht von diesem Abschiebestopp umfasst.

Im Bereich des Pflegepersonals stehen in den nächsten Jahren, bedingt durch die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung, grundlegende Herausforderungen bevor. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es wichtig, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um für alle Beteiligten das bestmögliche Pflegevorsorgesystem auch weiterhin gewährleisten zu können.

In diesem Sinne hat das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in einem ersten Schritt eine Studie zum Pflegepersonalbedarf in Auftrag gegeben. Auf Grundlage der dadurch erhobenen Daten gilt es nun, Konzepte zu entwickeln, um den wachsenden Bedarf an Pflegekräften abdecken zu können. Als ein Lösungsansatz hierzu ist im aktuellen Regierungsprogramm die Einführung einer Pflegelehre zur Pflegefachassistentin vorgesehen.

Bezüglich der konkret in der Petition genannten Forderungen darf angemerkt werden, dass diese den Bereich des Arbeits-, Niederlassungs-, Aufenthalts-, Fremden- und Asylrechts betreffen und somit eine entsprechende Befassung der für die jeweiligen Materien zuständigen Ressorts erforderlich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

31. März 2020

Für den Bundesminister:

Mag. Manfred Pallinger

Elektronisch gefertigt